

Nichtenergetische Rohstoffe

Aktuelles. Risiken. Handlungsoptionen.

7. September 2022

Aktuelles

- Die **Lieferengpässe** und **Lieferketten-Unterbrechungen** bei Rohstoffen, Zwischengütern, Materialverfügbarkeiten und in der Logistik halten an.
- Die EU-Sanktionspakete umfassen mittlerweile u.a. ein **EU-Einfuhrverbot für bestimmte Stahlerzeugnisse, Zement, Reifen, Holz, Glas, bestimmte chemische Stoffe, von russischem Gold** sowie von **russischem Erdöl und Mineralölprodukten** auf dem Seeweg (mit einigen Ausnahmetatbeständen). Letzteres hat bereits bestehende Engpässe in Deutschland bei ölbasierten Stoffen wie Bitumen für den Straßenbau oder anderen Ölderivaten verschärft. Vom Anlaufverbot an EU-Häfen für Schiffe unter russischer Flagge und Schiffe russischer Reeder sowie vom Einfuhrverbot in die EU für russische und belarussische Straßengüterverkehrsunternehmen sind der Kauf, die Einfuhr oder den Transport u. a. von raffinierten Erdölprodukten, von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz sowie gewisser chemischer Produkte und Eisenerzeugnisse in die Union **ausgenommen**. In einem Meinungsbeitrag im Europe Table sprach sich das zivilgesellschaftliche Bündnis AK Rohstoffe demgegenüber dafür aus, in möglichen Erweiterungen der Sanktionspakete auch Importe von Metallen aus Russland aufzunehmen.
- Derweil sich nach dem DERA-Preismonitor für Juli 2022 der allgemeine Abwärtstrend bei vielen Rohstoffen fortsetzt (bei Kobalt: -22 Prozent gegenüber dem Vormonat, bei Zinn: -20 Prozent und Ferrotitan: -19 Prozent; bei Aluminium: -38 Prozent gegenüber dem Jahreshöchststand, bei Kupfer: -25 Prozent. Ausnahmen gibt es bspw. bei Phosphat, Flussspat, Indium und Palladium) verharren die **Rohstoffpreise** im 5-Jahres-Vergleich **auf hohem Niveau** und belasten laut BDI-Mittelstands-Blitzumfrage vom 6. September 2022 zusammen mit den hohen Energiepreisen mehr als 90 Prozent der Unternehmen stark (58 Prozent) bzw. gar essentiell (34 Prozent). Ebenso bleibt die angespannte Lagersituation in Europa erhalten - in einigen Märkten sind die Vorräte sogar so niedrig wie nie zuvor seit Beginn der 2000er Jahre - und führt zu deutlich **erhöhten Prämien** für die meisten LME-Basismetalle. Das statistische Bundesamt meldete am 31. August 2022 bei den Importpreisen neue Höchststände im Vergleich zum Vorjahresmonat, so insbesondere bei importierter Steinkohle (plus 260,8 Prozent), Mineralölerzeugnissen (plus 83,2 Prozent), Rohaluminium (plus 57,6 Prozent), Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen (plus 25,7 Prozent). In Ihrem World Energy Investment Report 2022 hat die IEA erstmals auch Investitionstrends bei kritischen Rohstoffen betrachtet. So seien steigende Rohstoffpreise eine große Herausforderung für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die **hohe Volatilität** bei einigen Rohstoffen stellt für Unternehmen zusätzliche Risiken dar. Laut DERA-Volatilitätsmonitor Juli 2022 waren insbesondere die Rohstoffpreise von Lithiumkarbonat, Magnesium, Mangan, Nickel, dem Seltenerdmetall Samarium (Oxid),

Ferrosilizium, Silizium, Ferrotitan, Ferrovanadium sowie Schmelzmagnesit im Zeitraum August 2021 bis Juli 2022 Schwankungen von knapp 50% oder mehr ausgesetzt. Insbesondere bei Magnesium, den Seltenerdmetallen Erbium (Oxid), Samarium (Oxid) und Yttrium (Oxid) sowie Silizium sind zukünftig hohe Preisschwankungen zu erwarten. Laut DERA-Preistrendmonitor Juli 2022 werden zudem bei den LME-Industriemetallen bis zum Juni 2023 wieder höhere Preisniveaus erwartet, ebenso für Platin und Palladium während für Lithiumkarbonat und dem Lithiumerz Spodumen von sinkenden Preisen ausgegangen wird.

- **Etliche Banken wickeln den Zahlungsverkehr** auch für nicht sanktionierte russische Waren **nicht mehr ab** und prüfen ihre Geschäfte mit Rohstoffkunden. Etliche Rohstoff-Handelshäuser haben zudem ihren Sitz aus der Schweiz nach Dubai verlegt.
- Weiterhin halten **Lagerbestände**, die Unternehmen **zur Abfederung** aufgebaut haben und unter hohen Kosten weiter aufgebaut werden, nach Verlautbarungen im Ernstfall zwischen einigen Tagen und wenigen Monaten. Laut LME hätten sich die Lagerbestände etlicher Industriemetalle weiter verringert, u.a. auch wegen Produktionskürzungen in Europa aufgrund der hohen Energiepreise. Höheren Energie- und Rohstoffpreisen versuchen immer mehr auch mittelständische Unternehmen durch **Hedging**-Instrumente zu begegnen.
- Als **politische Reaktion** arbeitet die EU daran, die strategischen Abhängigkeiten im Bereich der kritischen Rohstoffe zu verringern durch (1) die Sondierung einer strategischen Bevorratung, (2) die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz sowie (3) strategische Partnerschaften wie mit Kanada und Norwegen, mit den USA im Rahmen des Trade and Technology Council, mit Australien, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland, Japan, Südkorea, Schweden, UK und den USA im Rahmen der Minerals Security Partnership sowie im Rahmen der G7. Auf dem Raw Materials Summit am 25. Mai 2022 kündigte EU-Kommissar Thierry Breton einen neuen Raw Materials Act an, um bestehende Abhängigkeiten bei der Rohstoffversorgung zu reduzieren. Konkret soll ein mit 2 Milliarden Euro ausgestatteter European Raw Materials Fund Anfang 2023 an den Start gehen, um den Aufbau eigener Förder- und Aufbereitungsanlagen sowie geschlossener Wertstoffkreisläufe zu fördern.
- Die **Rohstoffsicherungsstrategien** deutscher Unternehmen werden gerade neu bewertet. Eine am 12. Mai 2022 veröffentlichte Auftragsstudie der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) gibt dabei konkrete Handlungsempfehlungen.

Risiken

- Deutschland ist insbesondere von Russland durch **Importe von Nickel und Titan** abhängig. Auch bei Palladium und bei unlegiertem Rohaluminium liegt der Importanteil Russlands bei knapp einem Fünftel. Darüber hinaus besitzt Russland vor allem bei Palladium, Nickel, Vanadium, Antimon oder Kobalt einen hohen globalen Marktanteil. Einige große Unternehmen wie Rusal (besonders Aluminium) oder Norilsk (besonders Nickel, Kupfer, Palladium, Platin) dominieren die Branche. Das halbstaatliche russische Unternehmen VSMPO-Avisma steuert mehr als 30 Prozent der weltweiten Produktionsmenge von Titan bei. Eine ähnliche Abhängigkeit gilt für die Ukraine durch einen hohen Importanteil an Neon.
- Das Risiko einer **Verknappung** bei einigen dieser genannten kritischen Rohstoffe ist als mittel bis hoch einzustufen. Neben dem verstärkten Rohstoff-Einsatz im eigenen Land und Szenarien eines (teilweisen) Lieferstopps können Verbote neuer Lieferungen von russischen Metallen in die LME-Lagerhäuser insbesondere Auswirkungen auf die Märkte von Nickel und Aluminium oder Kupfer haben.

- Das Risiko **wieder steigender Preise** wird höchstwahrscheinlich erst einmal bestehen bleiben, die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten ist jedoch dynamisch und genau zu beobachten. Die Ankündigung der indonesischen Regierung von Anfang August 2022, im laufenden Quartal eine Exportsteuer auf Nickelroheisen (NPI) und Ferronickel einzuführen, hat bereits wieder zu leichten Preissteigerungen geführt und dürfte das Angebot auf dem Weltmarkt verknappen.
- Die **Diversifizierung** insbesondere mit Blick auf jene Metalle, bei denen der Anteil Russlands an den Gesamtimporten hoch ist, wird **langfristig als möglich angesehen – sie ist allerdings mit teils großen Herausforderungen, zumeist höheren Kosten, geringerer Verfügbarkeit sowie Qualitätsabstrichen verbunden**. Eine Substitution wiederum ist bspw. bei hochreinem Nickel ausgeschlossen, eine Diversifizierung hier nur auf lange Sicht möglich. Generell dürfte die Abhängigkeit von China weiter ansteigen.
- **Kurzfristig sind Lieferausfälle ohne ausreichende Lagerhaltung kaum zu kompensieren.**

Handlungsoptionen

Kurzfristig

Kurzfristig sollten **mögliche Lieferausfälle** (insbesondere auch im Energiebereich) **abgedeckt** und folgende **Maßnahmen zur Diversifizierung** zeitnah geprüft und umgesetzt werden:

- Die **bestehenden Benachteiligungen für eine privatwirtschaftliche Lagerhaltung kritischer Rohstoffe** sollten aufgehoben werden. Durch die Möglichkeit zur Bildung einer steuerbilanziellen Rücklage würde die privatwirtschaftliche Lagerhaltung gestärkt, ohne eine Minderung des Gesamtsteueraufkommens zu verursachen. Zudem wären finanzielle Anreize (z.B. zinslose KfW-Darlehen) für die privatwirtschaftliche Lagerhaltung zu prüfen.
- Das Instrument der **Garantien für Ungebundene Finanzkredite** (UFK-Garantien) sollte auf die Versorgungssicherheit fokussiert werden, um die Diversifizierung und künftige Versorgung von Lieferketten, gerade mit Blick auf kritische mineralische Rohstoffe für die Transformation, zu unterstützen. Ergänzt werden sollte es um ein vorgeschaltetes neues Instrument, um den direkten Rohstoffbezug bei Minen zu sichern.
- Eine **Schiefergasförderung** in Deutschland mit weltweit höchsten Umweltstandards ist technisch möglich und könnte einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Importabhängigkeit leisten. Sofern die Bundesregierung eine Erhöhung der heimischen Erdgasförderung für erforderlich hält, wäre mittelfristig eine deutliche Steigerung im Vergleich zu heute möglich. Die staatliche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat bereits 2016 berechnet, dass die technisch förderbare Schiefergasmenge in Deutschland insgesamt 2.300 Mrd. m³ beträgt. Zum Vergleich: Aus Russland werden aktuell ca. 70 Mrd. m³ p.a. importiert.
- Den Preisschwankungen mit Blick auf neue oder laufende öffentliche Vergabeverfahren, in denen die von Lieferengpässen betroffenen Produkte und Stoffe bzw. die Energiekosten eine bedeutende Rolle spielen, sollte durch die **Erweiterung der bestehenden Stoffpreisgleitklausel** begegnet werden. Auch in laufenden Verträgen müssen entsprechende Preisanpassungen ermöglicht werden, wenn Unternehmen ansonsten eine finanzielle Schieflage droht. Ausschreibende sollten neue Vertragsmodelle zulassen, z. B. cost + fee Verträge.

Mittel- bis langfristig

- Es ist dringend ein **Mentalitätswandel mit Blick auf eine konsequente und europäisch abgestimmte Rohstoffstrategie und -politik** erforderlich. Dazu braucht es ein strategisches und

planvolles Vorgehen in engem Austausch mit den Abnehmerindustrien, um den sich schnell ändernden Anforderungen neuer Technologien Rechnung zu tragen und Knappheiten zu adressieren. Signifikante Importabhängigkeiten Europas bei vielen kritischen Metallen müssen abgebaut werden. Die Gewinnung und Verarbeitung dieser für Zukunftstechnologien notwendigen Rohstoffe konzentriert sich häufig auf wenige Länder wie China, die Demokratische Republik Kongo, Chile oder Südafrika – bei gleichzeitig weltweit wachsender Rohstoffnachfrage.

- **Um die strategischen Abhängigkeiten zu verringern, ist es entscheidend, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten alle drei Säulen einer nachhaltigen Rohstoffversorgung verfolgen**, d. h. (1) die Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung, (2) die Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland und (3) den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Die politischen Aktivitäten sollten Unternehmen insbesondere bei den Themen Diversifizierung, Rohstoffmonitoring für kritische Rohstoffe sowie Lagerhaltung (z. B. durch steuerliche und finanzielle Incentivierung) unterstützen und marktwirtschaftliche Anreize für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft setzen.